



Die Rote Feder

ZEITUNG DES SOZIALISTISCH-DEMOKRATISCHEN STUDIERENDENVERBANDS

STUPA-WAHL

Vom 10.06 bis zum 14.06.: Sozialistische Liste wählen! **_1&5**

KLIMA

Warum der Klimakampf antikapitalistisch sein muss **_2**

FEMINISMUS

Für einen sozialistischen Queer-Feminismus **_3**

PALÄSTINA

Die Katastrophe für Palästinenser*innen hält seit Jahrzehnten an **_4**

Macht kaputt, was euch kaputt macht!

Über psychische Probleme und Studium

Der größte Teil der Studierenden hat im Laufe des Studiums mit psychischen Problemen zu kämpfen. Depression, Ängste und Süchte gehören mittlerweile zum Alltag vieler Studierender und die Häufigkeit dieser Leiden steigt seit Jahren rasant.

Und wer kann es uns Studis verdenken? Psychisches Leid ist eine verständliche, eine zutiefst menschliche Reaktion auf die täglichen Belastungen, denen wir in diesem System ausgesetzt sind. Studieren ist fast immer mit Überanstrengung und Anspannung verbunden. Prüfungsstress, Zeitdruck und Überlastung sind Standard. Nicht erst seit der Bologna-Reform ist das Studium darauf ausgerichtet, uns verwertbar für die Lohnarbeit zu machen. Es wird erwartet, dass wir um die besten Noten konkurrieren, die Ellbogen ausfahren, um uns auf eine nicht weniger schädliche Arbeitswelt vorzubereiten.

Gleichzeitig lebt ein Großteil der Studierenden unter finanziell prekären Verhältnissen. Kaum jemand bekommt noch BAFöG und das reicht praktisch nicht zum Leben. Viele sind gezwungen, ihre ohnehin schon knappe Freizeit der Lohnarbeit zu opfern, um überhaupt über die Runden zu kommen. Den größten Teil des Gelds müssen die meisten Studis dann Vermietern von kleinen WG-Zimmern in den Rachen werfen. Ständig steigende Mispapreise und allgemeine Inflation setzen uns zusätzlich zu.

Und wofür das alles? Damit wir später in einer von Kriegen, Krisen und ökologischen Katastrophen gebeutelten Welt unsere Arbeitskraft verkaufen können.

Uns wird eingeredet, dass unser Schicksal in unseren Händen liegt. Dass wir bloß fleißig studieren und arbeiten müssen und dass uns dann ein schönes Leben erwartet.

Es ist klar, dass die wenigsten in diesem System diesem Ziel gerecht werden können.



Die alltäglichen äußeren Zwänge und der dauerhafte Krisenzustand der kapitalistischen Welt machen uns einen Strich durch die Rechnung. Für uns ist klar, dass es mehr braucht als kleine psychologische Beratungsstellen und gefühlslähmende Medikamente, um die psychischen Leiden, die immer mehr von uns betreffen, zu bekämpfen.

Das Uni-System und das Gesellschaftssystem insgesamt muss an der Wurzel angegangen werden. Wir brauchen eine Uni und eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen erste Priorität haben. Wir wollen für uns studieren, statt für den Markt. Wir wollen lernen, was uns Spaß macht, was uns weiterbringt und bereichert. Wir wollen eine Uni, in der Solidarität belohnt wird. Eine Uni, in der Lehrende und Studierende sich gegenseitig unterstützen, um die Welt etwas besser zu verstehen - und zu verändern. ★

In dieser Ausgabe

- S. 1 Macht kaputt, was euch kaputt macht! *Über psychische Probleme und Studium.*
- S. 2 Klimakampf heißt Klassenkampf!
- S. 3 Für die Befreiung aller Menschen. *Über Intersektionalität und materialistischen Queerfeminismus.*
- S. 4 Die Nakba hält bis heute an.
- S. 5 Der SDS Münster. *Wer sind wir? Was wollen wir erreichen?*
- S. 6 Faschismus und wie man ihn bekämpft.
- S. 7 Für einen sozialistischen Antirassismus.
- S. 8 Freiheit für alle (politischen) Gefangenen!
- S. 9 Was wir von Gramsci lernen können.
- S. 10 Der kapitalistische Staat. *Zur Kritik von Herrschaft im Kapitalismus.*
- S. 11 Zu sagen was ist. *Über Medien im Kapitalismus.*
- S. 12 Sozialistische Liste, Veranstaltungen, Rätsel



die Quelle, die für sie immer noch oft am günstigsten ist: fossile Brennstoffe. Es ist klar, dass das nur auf eine Katastrophe hinauslaufen kann. Aber kapitalistische Staaten im Wettbewerb können es sich buchstäblich nicht leisten, damit aufzuhören. Kapitalistische Medien, die auf Werbeeinnahmen angewiesen sind, können es sich nicht leisten, die Tatsachen so zu benennen, wie sie sind: die kapitalistische Produktionsweise muss enden, damit wir leben können.

Wir brauchen eine neue Gesellschaft, in der die Welt niemandem mehr gehört. Eine Gesellschaft, die die menschlichen Bedürfnisse an die erste Stelle setzt, die also unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Oder wie Marx es ausgedrückt hat:

„Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie [...] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“

Der Kampf gegen Klimakrise und Artensterben muss also antikapitalistisch sein. Und er wird nicht funktionieren, indem man die Verantwortung auf die Individuen verlagert. In einer kapitalistisch organisierten Produktionsweise können einzelne Konsumentenscheidungen nichts ausrichten - sie muss an der Wurzel angegriffen werden.

Klimakampf heißt Klassenkampf! Ökologische Maßnahmen dürfen nicht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen werden. Sie müssen von diesen Menschen direkt entschieden und umgesetzt werden, statt von Bossen und Politikern. Klimabewegung und Arbeiter*innenbewegung müssen nicht nur zusammenarbeiten, sie müssen eins sein.

In den letzten Monaten haben wir deshalb die Initiative „Wir fahren zusammen“ unterstützt und gemeinsam mit den Angestellten im ÖPNV gestreikt. Solche Initiativen sind ein wichtiger erster Schritt hin zu einem Klimakampf, der an der Wurzel ansetzt. Wir brauchen eine Klimabewegung, die radikal benennt, was nötig ist: die kapitalistische Produktionsweise muss umgeworfen werden! ★

Klimakampf heißt Klassenkampf!

Wir erleben zurzeit eine ökologische Katastrophe erdgeschichtlichen Ausmaßes. Klimasysteme kippen und wir werden in eine andere, lebensfeindlichere Welt geworfen. Gleichzeitig brechen überall auf der Welt Ökosysteme zusammen. Uns werden in Echtzeit unsere Lebensgrundlagen unter den Füßen weggezogen.

Wenige leugnen das. Aber die Zerstörung geht weiter und beschleunigt sich noch. Warum? Für uns ist klar: das Problem liegt im System. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist ohne Wachstum nicht möglich, denn wer nicht wächst, wird in der Konkurrenz aufgefrassen. Und eine wachsende Produktion ist immer auf eine wachsende Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen angewiesen. Daran ändert sich auch nichts, wenn reiche Länder wie Deutschland die schädlichen Produktionsprozesse ins Ausland auslagern und ihre Ökobilanzen damit künstlich schön rechnen. Die kapitalistisch organisierte Landwirtschaft macht sich immer mehr Flächen zu eigen und ersetzt Artenvielfalt durch triste Monokultur. Kapitalistische Fischereien holen immer mehr Fische aus einem immer leereren Meer. Kapitalistische Produktion saugt immer mehr Metalle und andere Rohstoffe aus der Erde und hinterlässt oft vergiftete Landschaften. Kapitalistische Unternehmen decken ihren immer weiter steigenden Energiebedarf durch

Für die Befreiung aller Menschen

Über Intersektionalität und materialistischen Queerfeminismus

Das Konzept der Intersektionalität wird in verschiedenen feministischen Kontexten als „Rahmen zur Analyse sozialer Unterschiede, als Theorie der Unterdrückung, als Methode der kritischen Untersuchung und als politisches Projekt“ [1] benutzt. Grob gesagt, werden hierbei viele verschiedene sozial konstruierte Unterschiede wie ‚Rasse‘*, Geschlecht, Sexualität, Klasse, Behinderung usw. als verschiedene Achsen der Identität jedes Menschen aufgefasst, die sich kreuzen (intersection). Dadurch ergeben sich demnach für jede Person individuelle Erfahrungen im gesellschaftlichen Leben, die nur durch das Zusammenspiel der verschiedenen Identitätskategorien verstanden werden können. So machen z.B. schwarze Frauen in unserer Gesellschaft Erfahrungen, die nicht nur durch ihr Schwarzsein oder ihr Frausein erklärt werden können.

Eines der Probleme dieses Konzepts ist die Tatsache, dass bei seiner Verwendung häufig einfach nur die unterschiedlichen Identitätskategorien aufgelistet werden und dann davon ausgegangen wird, dass schon „in der Benennung von Unterschieden die historischen, lokalen, transnationalen und strukturellen Bedingungen, welche diese Unterschiede (re)produzieren“ [1] erklärt werden. Dies führt dazu, dass der Begriff der Intersektionalität, der im sozialistischen Kontext ursprünglich radikale Erklärungen ermöglichen sollte, sehr einfach von Liberalen angeeignet werden konnte, die bei seiner Anwendung die gesellschaftlichen Ursachen der Unterdrückungsverhältnisse ignorieren. Aus dieser Sicht geht es bei Intersektionalität bloß um Repräsentation und Anerkennung der Unterschiede, statt darauf hinzuarbeiten, die Verhältnisse, die diese Unterschiede (re)produzieren, umzuwerfen.

Aus der Sicht des *materialistischen Feminismus*, wird die soziale Realität, die durch Intersektionalität erklärt werden soll, grundsätzlich anerkannt. Die Auflistung der Identitätskategorien im Sinne des Intersektionalitätskonzepts führt danach aber implizit dazu, dass diese

Identitäten als objektiv gegeben akzeptiert werden, statt sie als (historisch überlieferte) subjektive menschliche Praxis zu begreifen.



w e r d e n hierdurch Kategorien wie ‚Rasse‘ und Geschlecht künstlich von der Klasse abgespalten und auf eine Stufe mit dieser gestellt. Stattdessen sollten Unterdrückungsverhältnisse im Kontext der kapitalistischen Klassengesellschaft analysiert werden.

Grundlage des materialistischen Feminismus ist ein *dialektisches Geschichtsverständnis*. Hiernach ist die historisch spezifische Organisation menschlichen Lebens (Produktionsweise) durch Verhältnisse geprägt, die sich ständig bewegen und gegenseitig beeinflussen/bedingen. Treibende Kraft dieser Dynamik, sind die internen Widersprüche dieser Verhältnisse.

Das zentrale Verhältnis, das die kapitalistische Produktionsweise ausmacht, ist das Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapitalist*innenklasse und Arbeiter*innenklasse. In der heutigen (historisch spezifischen) kapitalistischen Produktionsweise sind aber auch soziale Verhältnisse entlang von Geschlecht, ‚Rasse‘, Behinderung und Sexualität *miteingeschlossen*. Viele solcher Verhältnisse bestanden schon vor der Entstehung des Kapitalismus, sie wurden aber in diesen integriert und spielen als *Ausdifferen-*

zierung der Klasse heute eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise.

Nach diesem Verständnis sind Unterdrückungsverhältnisse entlang von Geschlecht, ‚Rasse‘ etc. keine „Erfindung“ des Kapitalismus und für ihre Bekämpfung ist eine Abschaffung des Klassenwiderspruchs keine zwingende Voraussetzung. Sie müssen aber als integraler Bestandteil der spezifischen kapitalistischen Produktionsweise verstanden werden, die wir heute bekämpfen, um auf die Befreiung aller Menschen hinzuarbeiten.

Die Organisation menschlichen Lebens wird innerhalb des materialistischen Feminismus also als etwas soziales Ganzes beschrieben, in dem sich die sozialen Verhältnisse wechselseitig bestimmen. Dies steht im Widerspruch zum Intersektionalitätskonzept, bei dem als getrennt beschriebene „Identitäten“ sich kreuzen.

Differenzen in der Gesellschaft werden im materialistischen Feminismus weder anhand festgeschriebener, essentialistischer Kategorien, noch als rein sprachliche Bedeutungszuschreibungen beschrieben. Stattdessen werden sie im Rahmen sich ständig wandelnder sozialer Verhältnisse innerhalb einer historisch spezifischen Produktionsweise analysiert. Marx formulierte dazu treffend: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“ [2]

Als Sozialist*innen und Queerfeminist*innen kämpfen wir dafür, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ [3] (nochmal Marx)

Schließ dich uns an! ★

Dieser Text entstand in Auseinandersetzung mit Text [1] *Rasse‘ wurde wie im Originaltext [1] in Anführungszeichen gesetzt und ist als Übersetzung des englischen race zu verstehen.

[1] Sharzad Mojab und Sara Carpenter: *Marxismus, Feminismus und Intersektionalität* in Friederike Beier (Hg.): *Materialistischer Queerfeminismus: Theorien zu Geschlecht und Sexualität im Kapitalismus* (2023)

[2] Karl Marx: *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* (1852)
[3] Karl Marx: *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung* (1844)

Die Nakba hält bis heute an

Die massiven Kriegsverbrechen, die der israelische Staat im Zuge der aktuellen Eskalation seit mehr als einem halben Jahr im Gaza-Streifen begeht, sind ein neuer trauriger Höhepunkt einer langen Geschichte der Vertreibung, Unterdrückung und Ermordung von Palästinenser*innen. Die Bombardierung und Aushungerung der palästinensischen Zivilbevölkerung, die Israel mit Unterstützung Deutschlands und anderer westlicher Staaten vorantreibt, zeigen auf die brutalst mögliche Weise, dass die Nakba, die „Katastrophe“, für Palästinenser*innen nicht bloß ein historisches Datum, sondern bis heute traurige Realität ist.

Am 15. Mai dieses Jahres jährt sich die Nakba zum 76sten mal. Der Begriff bezieht sich ursprünglich auf die gewaltsame Vertreibung von ca. 700.000 Palästinenser*innen, d.h. mehr als ¾ der damaligen palästinensischen Bevölkerung, durch zionistische Milizen und das israelische Militär in der Zeit der israelischen Staatsgründung zwischen 1947 und 1949.

Zionisten, wie David Ben Gurion, die später zu führenden und bis heute gefeierten israelischen Politikern wurden, haben damals systematisch die ethnische Säuberung palästinensischer Gebiete geplant und durchgeführt, um einen Staat mit jüdischstämmiger Mehrheit zu schaffen.

Bei mehreren Massakern in dieser Zeit, wurden ganze Dörfer ausgelöscht.

So wurden zum Beispiel im April 1948 in dem palästinensischen Dorf Deir Yasin bei Jerusalem mehr als 100 Zivilist*innen auf brutale Weise ermordet, darunter viele Frauen und Kinder. Die hunderttausenden Palästinenser*innen, die in der Folge der Massaker und des Krieges aus ihrer Heimat flohen und vertrieben wurden, wurden staatenlos und sie und ihre Nachkommen leben häufig immer noch unter prekären Umständen in Flüchtlingslagern, weil ihnen die Rückkehr in ihre Heimat vom israelischen Staat verwehrt wird. Im Zuge des Krieges wurde ein großer Teil der palästinensischen Gebiete von Israel annektiert und die palästinensischen Besitzer*innen enteignet. Palästinensische Kultur und Moscheen wurden zerstört und historische arabische

Ortsnamen durch hebräische ersetzt.

Die Entwicklung des Zionismus ist seit ihrem Beginn eng mit der rassistischen europäischen Kolonialpolitik verbunden. Palästinenser*innen wurden und werden nicht als vollwertige Menschen angesehen. Ihr Land wurde als Land ohne Volk betrachtet, das durch europäische Siedler*innen zivilisiert werden müsse. Noch heute sprechen europäische Politiker*innen immer wieder von dem rassistischen Mythos, nach dem die zionistischen Siedler*innen die Wüste haben blühen lassen und ignorieren damit völlig die arabische Bevölkerung, die die Region seit Jahrhunderten geprägt hat und die während der Nakba größtenteils vertrieben wurde. Europäische Kolonialmächte, allen voran Großbritannien, haben das zionistische Projekt schon früh, nicht zuletzt aus antisemitischen Gründen, unterstützt und tun es noch heute. (Für eine ausführliche Darstellung ist Tom Segev's Buch *Es war einmal ein Palästina* zu empfehlen!)

Die Nakba war das Resultat einer Kernidee des Zionismus, dessen Vertreter sich seit seinen Anfängen im 19. Jahrhundert für die systematische Ersetzung der palästinensischen Mehrheitsbevölkerung durch eine jüdische ausgesprochen haben. Und dieser Prozess endete nicht 1949, sondern er hält bis heute an. Palästinenser*innen in der besetzten Westbank und im Gaza-Streifen werden seit Jahrzehnten brutal unterdrückt und sind ständig der Gewalt der israelischen Besatzungsmacht ausgesetzt. Die Zahl der zionistischen Siedler*innen, die palästinensisches Land in der Westbank für sich in Anspruch nehmen, wächst immer weiter an und auch Palästinenser*innen mit israelischem Pass werden weiterhin diskriminiert. Die aktuelle Eskalation kann nur in diesem historischen Kontext verstanden werden.

Doch nicht nur in den vom Staat Israel beherrschten Gebieten werden Palästinenser*innen tagtäglich direkter und indirekter Gewalt ausgesetzt und entrechtet. Die systematische Unterdrückung reicht über Grenzen hinaus. Wer sich hier in Deutschland palästina-solidarisch äußert, wer über die historischen Geschehnisse und die heutige

Situation in den palästinensischen Gebieten und im israelischen Staatsgebiet aufklärt, kurz gesagt auf die andauernde Katastrophe und die täglichen Menschenrechtsverletzungen hinweist, hat mit zahlreichen Repressionen zu rechnen.

Palästinasolidarische Veranstaltungen werden schon im Vorhinein mit dem Vorwurf der „Volksverhetzung und Gewaltverherrlichung“ verboten. Ist es nicht gerade volksverhetzend, die brutale Vertreibung hunderttausender Menschen zu verschweigen, bis gar zu leugnen?

Ist es nicht gerade als gewaltverherrlichend, ja eindeutig als gewalttätig zu verurteilen, wenn Personen, die für die Rechte von Palästinenser*innen eintreten, von rassistischen Mitmenschen angegriffen werden? Ist es nicht pure Gewalt, wenn Personen, die von der Polizei als „palästinensisch-aussehend“ bezeichnet werden, gewaltsam und unter Schmerzgriffen festgenommen werden? Das ist keine Übertreibung, sondern alltägliche Repression gegen Menschen, die Ihre Stimme gegen das Unrecht erheben und als solidarisches Zeichen palästinensische Symbole tragen.

Die Gleichsetzung von Jüdinnen und Juden mit dem Staat Israel, die im deutschen Antisemitismuskurs an der Tagesordnung ist, ist selbst antisemitisch. Fast immer, wenn in großen deutschen Medien von Antisemitismus die Rede ist, liegt der Fokus auf dem sogenannten importierten Antisemitismus. Der tief verwurzelte und weit verbreitete Antisemitismus, der in Deutschland vor allem von Nazis und anderen Deutschen ausgeht, wird in den Hintergrund gedrängt. Dem Kampf gegen Antisemitismus wird durch den rassistisch geprägten Diskurs in Deutschland so ein Bärendienst erwiesen.

Wir kämpfen für die Befreiung der Palästinenser*innen und aller Menschen, die in der Region leben. Wir wollen das gute Leben für alle, unabhängig von Religion oder Volkszugehörigkeit. Wir sind solidarisch mit linken Israelis und Jüdinnen und Juden weltweit, die die zionistische Politik ablehnen und gemeinsam mit den Palästinenser*innen für ihre Befreiung kämpfen und die dafür gerade im Nazi-Nachfolgestaat

Deutschland selbst oft Unterdrückung und Diffamierung erfahren müssen.

Auf die Repressionen gegen palästina-solidarische Gruppen und die Diskreditierung als Antisemit*innen reagiert man nicht, indem man verstummt und das Leid verschweigt.

Wenn wir aus Angst vor Repressionen unsere Solidarität aufgeben, dann haben die Rechten und die Rassisten gewonnen! Wenn wir gespalten werden, wenn wir wegen der Verleumdungen keine Position mehr beziehen, dann haben sie

ihr Ziel erreicht! Die herrschenden bürgerlichen Bilder und Denkweisen können nur dann überwunden werden, wenn wir ihnen auch etwas entgegenstellen.

Und warum sollten wir unsere Positionen auch zurückhalten? Ist es nicht die richtige Position, massive Bombenangriffe in einem der am dichtesten bewohnten Gebiete der Welt zu verurteilen? Ist es nicht die richtige Position, gegen die fortwährende Vertreibung und Aushungerung von hunderttausenden

von Menschen zu sein? Ist es nicht die einzig richtige Position, ein Ende der Besetzung Palästinas zu fordern? Die Reaktionären nutzen Repression und Diffamierung, denn der Kern ihrer Ideologie kann einer genaueren Betrachtung nicht standhalten, ohne ihre Menschenfeindlichkeit zu offenbaren. Darum sollten wir unsere Positionen offen vortragen und ihre entblößen!

Hoch die internationale Solidarität, viva Palästina! ★

Der SDS Münster

Wer sind wir? Was wollen wir erreichen?

Rassistische und sexistische Unterdrückung kotzen dich an? Du kannst nicht länger zusehen, wie Konzerne unseren Planeten zerstören und Staaten Kriege führen? Du willst für dich und nicht für den Markt studieren? Dann kämpfe mit uns für eine bessere Zukunft!

Wir versuchen zusammen, die Welt, in der wir leben, besser zu verstehen. Vorkenntnisse brauchst du nicht mitbringen – unser Wissen zu aktuellen Themen und theoretische Grundlagen erarbeiten und vertiefen wir gemeinsam in den wöchentlichen Plena, aber auch durch Vorträge und Workshops. Hier beschäftigen wir uns zum Beispiel mit Arbeitskämpfen, der Klimakrise, der Wohnungsnot oder der Friedensbewegung. Vielleicht gibt es ja auch ein Thema, das dich gerade besonders beschäftigt und das du gerne einbringen möchtest?

Aber wie schon Marx erkennen auch wir: Es reicht nicht, die Welt nur zu interpretieren, es kommt darauf an, sie zu verändern! Genau das ist unser Ziel – deshalb ist es uns wichtig, nicht nur hochschulpolitisch, sondern auch gesamtgesellschaftlich aktiv zu sein und für eine Gesellschaft zu kämpfen, die nicht auf Profit und Wachstum ausgerichtet ist, sondern alle an ihrem Reichtum teilhaben lässt.

Dazu organisieren wir Demonstrationen, vernetzen uns mit anderen Gruppen, planen gemeinsam oder unterstützen Aktionen wie Hörsaalbesetzungen oder Kundgebungen und beteiligen uns an lokaler Bündnisarbeit.

Aktuell treten wir gemeinsam mit anderen sozialistischen Gruppen auf der **Sozialistischen Liste** zu den Wahlen des Studierendenparlaments an, in dem wir schon mit zwei Sitzen vertreten sind. Hochschulpolitisch kämpfen wir z.B. dafür, dass sich die Uni umfassend dazu verpflichtet, nur im Sinne menschlicher Bedürfnisse zu forschen und zu lehren. Militärische Forschung und Forschung, die zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen beiträgt, gehören unter keinen Umständen an die Uni! Wir wollen, dass alle Studierenden die Möglichkeit haben, innerhalb ihres Studiums über Klimakrise und Artensterben zu lernen. Gesellschaftskritische und sozialistische Lehrangebote sollten an der Uni kein Nischengebiet sein. Wir fordern eine queerfeministische Uni, die Sexismus bekämpft und auf den Toiletten kostenlose Periodenprodukte bereitstellt. Rassismus und Antisemitismus



gehören nicht an die Uni! Besonders in der Folge des israelischen Kriegs in Gaza, sind palästinensische und jüdische Studierende mit rassistischer und antisemitischer Diskriminierung konfrontiert. Die Uni selbst hat mehrfach palästina-solidarische Veranstaltungen und Aktionen unterbunden und verschließt angesichts der Kriegsverbrechen des israelischen Militärs Augen und Ohren. Wir kämpfen für die Befreiung der Palästinenser*innen von israelischer Unterdrückung und fordern von der Uni Schutzräume für palästinensische und jüdische Studierende und eine Ermöglichung palästina-solidarischer Aktionen.

Wir fordern, dass wir für uns studieren können, statt für den Markt. Kleine psychologische Beratungsstellen sind keine ausreichende Antwort auf die massiven psychischen Probleme, unter denen ein Großteil der Studierenden zu leiden hat. Wir brauchen eine Uni, die nicht auf Konkurrenz und Verwertung auf dem Arbeitsmarkt ausgerichtet ist, sondern auf die Bereicherung unseres Lebens durch Lehre und Forschung. Es reicht nicht, Studis nach ihrem psychischen Zusammenbruch durch Überforderung und Anspannung an eine Beratungsstelle zu verweisen. Die Ursachen des Leids müssen an der Wurzel bekämpft werden. Wenn du das auch so siehst, dann wähl zwischen dem 10. und dem 146. die Sozialistische Liste! Und komm gerne jederzeit bei unserem Plenum vorbei – immer mittwochs um 18:30 Uhr im Linken Zentrum. Eine andere Welt ist möglich, mach mit! ★

Faschismus und wie man ihn bekämpft

In den letzten Jahren beobachtet man nicht nur in Deutschland einen Aufwind der faschistischen Parteien und Kräfte. Im Osten kratzt die AfD in einigen Bundesländern an die 30%, in anderen liegt sie sogar darüber. Doch was ist Faschismus überhaupt?

Der Begriff geht historisch auf die Bewegung der Schwarzhemden in Italien zurück. Sie entstand als Gegenbewegung zur Arbeiter*innenbewegung und begann mit der Gründung von Kampfgruppen, die sich „fasci“ nannten. Im weiteren führte dies zur Gründung der National Faschistischen Partei und später zur Diktatur Mussolinis.

Um den Faschismus zu bekämpfen, ist es wichtig sein Wesen zu verstehen und wo er herkommt.

Das Wesen des Faschismus ist relativ komplex und nicht auf alle Länder und Epochen übertragbar. So ist der Faschismus unter Mussolini nicht derselbe gewesen, wie der unter Hitler. Dennoch lassen sich Gemeinsamkeiten erkennen. Faschistische Bewegung entstehen häufig in Krisenzeiten. In der Vergangenheit sind faschistische Staaten praktisch immer aus liberalen Demokratien hervorgegangen, deren Regierungen auf wirtschaftliche Krisen mit Sparkurs und Schwächung der Arbeiter*innenklasse reagiert haben. Faschist*innen holen die Menschen ab, indem sie vermeintlich einfache Antworten auf die Krise bieten. Dabei setzen sie in der Regel bei verbreiteten Vorurteilen an und schieben die Schuld an der Krise auf innere und äußere Feinde eines vermeintlich einheitlichen Staatsvolks. Der Kapitalismus als Ursache wirtschaftlicher Krisen wird höchstens oberflächlich und individualisierend kritisiert und nie grundsätzlich hinterfragt und analysiert. Faschismus entsteht zwar normalerweise als Massenbewegung insbesondere aus kleinbürgerlichen Kreisen, aber auch große Kapitalist*innen haben den Faschismus – als radikal antisozialistische Kraft – in der Vergangenheit oft unterstützt, wenn es ihnen nützlich erschien. Vor allem der Hitlerfaschismus hat maßgeblich mit großen Konzernen wie IG Farben und Krupp kooperiert. Auch heute sehen wir, dass Fraktionen des Kapitals die AfD oder andere rechte Parteien unterstüt-

zen. So waren auch beim Treffen in Potsdam nicht nur AfD-Partei-funktionäre, sondern auch Unternehmer dabei. Dabei stellen sich faschistische Parteien gerne als Vertreter des „kleinen Mannes“ dar. Sie versuchen die soziale Frage zu vereinnahmen und haben damit Erfolg. Wenn man sich aber zum Beispiel das Programm der AfD anschaut erkennt man schnell, dass ihre Kernpositionen Sozialabbau, Militarismus und Abschaffung demokratischer Errungenschaften sind. Sie sind gegen die Vermögens- und die Erbschaftssteuer, gegen eine Erhöhung des Mindestlohns oder des Bürgergelds und gegen ein früheres Renteneintrittsalter. Sie verteuern Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Arbeiter*innen, von denen sie stetig behaupten, sie vertreten zu wollen. Sie vertritt wirtschaftlich gesehen neoliberale Positionen, verbürgt diese aber unter dem Deckmantel, eine Opposition oder Alternative zur aktuellen Politik zu sein. Wird die soziale Frage bespielt, dann immer auf eine nationalchauvinistische Art. Das heißt man führt das Elend der Arbeiter*innen nicht auf eine Diskrepanz zwischen Reichen und Armen zurück, sondern auf das Fehlen eines „homogenen Volkskörpers“, was stets mit dem Ausschluss bestimmter Gruppen einhergeht.

Doch was tun wir gegen die AfD? Es reicht leider nicht, zur Wahl zu gehen und eine andere Partei zu wählen. Eine Strategie gegen den rechten Aufschwung kann nur aus Aufklärung über den Faschismus sowie dem Kampf für sozialen Fortschritt, Frieden und internationale Solidarität bestehen. Die unterschiedlichsten Theoretiker*innen haben bereits



erkennt, dass man allein mit Antifaschist*innen gleicher Weltanschauung besiegen kann. Es braucht breite Bündnisse und Zusammenschlüsse, wie wir sie dieses Jahr in Teilen schon auf der Straße sehen konnten. Einen Kampf gegen den Faschismus zu führen, bedeutet aber auch einen Kampf gegen Sozialabbau, Abschiebung, Aufrüstung und Krieg zu führen. Wer faschistische Kräfte wirklich effektiv bekämpfen will, muss die Gründe ihres Aufstiegs, dh. insbesondere auch wirtschaftliche Not, an der Wurzel angreifen. Wie in der Vergangenheit reagieren heutige bürgerliche Parteien häufig bloß mit Spott auf Anhänger*innen faschistischer Parteien, während sie die strukturellen Gründe der Unzufriedenheiten noch verstärken. Als SDS führen wir den Kampf gegen den Faschismus nicht nur auf Demos und Aktionen (dieses Semester ist unser Antifaschistisches Sommersemester), sondern zum Beispiel auch an der Uni, indem wir uns für eine Zivilklausel, die militärische Forschung an der Uni verhindern soll, einsetzen, oder indem wir Aufklärung betreiben, denn am besten kämpft man an seinem eigenen Lebensschwerpunkt. Die Uni ist ein Ort, an dem Wissen weitergegeben und geschaffen wird. Dieses Wissen kann der Militärforschung dienen, oder es kann uns allen dienen, indem es uns in eine bessere Gesellschaft führt. ★

Für einen sozialistischen Antirassismus

Rassistische Ansichten und Forderungen sind spätestens seit dem Aufstieg der AfD im Vormarsch. Mittlerweile sind wir an einem Punkt, an dem fast alle Parteien im Bundestag rassistische Abschiebekampagnen unterstützen und fordern, Menschen in Krieg und Armut zurückzuschicken. Die Bombardierung, Aus-hungerung und Unterdrückung der palästinensischen Zivilbevölkerung durch den israelischen Staat, wird durch deutsche Politiker*innen und Medien auf rassistische Weise legitimiert und unterstützt. Im Zuge des Kriegs in der Ukraine, machen Journalist*innen und Politiker*innen eine vermeintlich minderwertige russische Kultur für den Krieg verantwortlich und verbannen alles Russische aus dem Alltag. Warum machen sich Herrschende immer wieder Rassismus zunutze? Und wie können wir Rassismus aus sozialistischer Sicht verstehen und bekämpfen?

Nach sozialistischem Verständnis sollte Rassismus weder allein als Vorurteils- oder Einstellungsmuster noch einfach als Denkweise oder Ideologie verstanden werden. Dies sind Aspekte des Rassismus, er muss aber insbesondere als Herrschaftsverhältnis zwischen Menschen begriffen werden, um ihn wirklich effektiv

bekämpfen zu können.

Mit Herrschaft ist dabei eine institutionalisierte Machtbeziehung der Über- bzw. Unterordnung gemeint, die nicht nur auf ökonomische, sondern auf viele verschiedene Interessen zurückgeht. Bestimmte machtvolle Gruppen etablieren aufgrund dieser Interessen, Herrschaftsverhältnisse, um die eigenen Bedürfnisse bevorzugt zu erfüllen. Den ständig auftretenden Problemen und Widerständen, die die Herrschaft gefährden, wird durch Abwertung, Ausgrenzung und Kontrolle begegnet.

Aus sozialistischer Sicht, ist es wichtig zu verstehen, dass sich die bevorzugte Bedürfnisbefriedigung der Herrschenden auf die kapitalistischen Re-/Produktionsverhältnisse stützt. Die Dynamiken menschlichen Handelns werden immer durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt, unter denen Menschen gezwungen sind, sich zu reproduzieren. Rassistische Praktiken müssen also vor dem Hintergrund dieser Verhältnisse interpretiert werden.

Die historisch spezifischen Herrschaftsverhältnisse, die unser Leben prägen, sind komplex und verflochten. Nicht nur das Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapitalist*innenklasse und Arbeiter*innen-

klasse, sondern auch Unterdrückungsverhältnisse entlang von Geschlecht, Sexualität usw. bestimmen die gesellschaftliche Re-/Produktion.

Kapitalakkumulation ist darauf angewiesen, äußere und innere Unterschiede zu konstruieren und zu nutzen, um beherrschte Gruppen zu entrechten, zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Damit wird die (Über)Ausbeutung, Abwertung, Ausgrenzung und Kontrolle der beherrschten Gruppen gerechtfertigt und durchgesetzt.

Rassistische Verhältnisse waren vom Sklavenhandel, über den Kolonialismus und die Überausbeutung der „Gastarbeiter“, bis heute immer Teil der kapitalistischen Re-/Produktionsweise. Migrant*innen werden noch immer systematisch in Armut gehalten und diskriminiert, um ihre Überausbeutung zu ermöglichen.

Die Entstehung und Reproduktion dieser Verhältnisse darf man sich nicht so vorstellen, dass sie zentral, „von oben“ durchgesetzt werden. Sie sind das Resultat konkreter Strategien und sozialer Kämpfe, mit denen bestimmte Gruppen, in einer historisch spezifischen Situation, ihre Re-/Produktion zum eigenen Vorteil gestalten. Bei der rassistischen Unterdrückung wird Herrschaft anhand ethnischer oder kultureller Unterschiede, die als unveränderbar behandelt werden, etabliert und aufrechterhalten. Rassismus beinhaltet also nicht nur rassistische Diskurse, Denkweisen, Sprachmuster und Ideologien. Diese sind Teilelemente eines herrschaftsförmigen Re-/Produktionsverhältnisses. Rassistische Denk- und Sprechweisen erhalten sich, weil sie rassistisch privilegierte Gruppen darin unterstützen, ihre Herrschaft zu legitimieren und durchzusetzen.

Es ist natürlich wichtig, im Alltag rassistische Positionen zu kritisieren und zu bekämpfen. Eine effektive Bekämpfung des Rassismus an seiner Wurzel muss aus sozialistischer Sicht aber einen Kampf gegen die Verhältnisse beinhalten, die die Herrschaft rassistisch privilegierter Gruppen ermöglichen und reproduzieren. ★

Dieser Text entstand in Auseinandersetzung mit Georgi Fabian: Rassismus im europäischen Grenzregime aus Sicht einer materialistischen Herrschaftstheorie. In Mendivil/Sarbo (Hrsg.): Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus.



Freiheit für alle (politischen) Gefangenen!

In Zeiten, in denen die Regierungen weltweit ihre Herrschaft immer autoritärer durchsetzen und in denen Polizei, Militär, Gefängnisse und Grenzen immer weiter ausgebaut werden, ist es wichtiger denn je, für eine Zukunft zu kämpfen, in der diese Gewalt nicht mehr existiert. Auf der ganzen Welt werden Aktivist*innen für ihren politischen Einsatz verfolgt und gefangen gehalten. Von liberaler Seite geht die Solidarität häufig bloß an Gefangene in Paria-Staaten wie Russland oder Nordkorea: Politische Gefangene? Das gibt es doch nur in den Verbrecherstaaten. Deutschland und seine Verbündeten haben sich schließlich zu Meinungs- und Gewissensfreiheit verpflichtet. Oder?

Die Bundesrepublik Deutschland feiert sich seit ihrer Gründung für ihren angeblichen Einsatz für Meinungsfreiheit und spielt sich als der Staat auf, der aus den Verbrechen der Nazis seine Lehren gezogen habe. Aber wie sahen diese Lehren denn aus? Dieselbe BRD hat 1956 die KPD verboten, sodass diejenigen, die den größten Widerstand gegen die Nazis geleistet hatten, nun wieder vor den gleichen Nazi-Richtern standen, die sie ein paar Jahre vorher noch ins Konzentrationslager gesteckt hatten.

Dieselbe BRD hat 1972 mit dem Radikalenerlass systematisch antikapitalistisch und antifaschistisch Aktive aus dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen und damit unter anderem tausenden angehenden Lehrer*innen ihren Lebensweg zerstört, weil sie ihr zu kritisch waren.

Dieselbe BRD stuft seit 1993 die PKK als Terrororganisation ein und unterdrückt so den kurdischen Widerstand in Deutschland systematisch. In derselben BRD sitzen bis heute immer wieder Aktivist*innen für Antifaschismus oder Klimaschutz in Haft und linke Demonstrant*innen werden auf Demos zusammengeschlagen, wenn ihre Organisation nicht gleich verboten wird. Wo ist die Meinungsfreiheit für diese Aktivist*innen?

Und wo ist die Meinungsfreiheit für palästinasolidarische Aktivist*innen, deren Proteste seit Jahren - und besonders krass in den letzten Monaten - ständig verboten und angegriffen werden?

Denen mit Exmatrikulation gedroht wird, wenn sie einen Hörsaal besetzen um einen Film zu schauen.

In der deutschen Demokratie sind Proteste erlaubt und die Meinungsfreiheit geschützt - solange man nicht auf die Idee kommt, den Staat oder seine Verbündeten zu kritisieren.

Gleichzeitig unterstützt der deutsche Staat tatkräftig diese Verbündeten bei der Verfolgung politisch missliebiger Personen. Sei es der israelische Staat, der willkürlich Palästinenser*innen einsperrt und ermordet. Sei es der ukrainische Staat, der praktisch alle linken Organisationen verboten hat und Kriegsdienstverweigerer verfolgt, um sie an der Front zu verheizen. Oder sei es der „Nato-Partner“ Türkei, der Regimegegner*innen einsperrt und den kurdischen Widerstand brutal unterdrückt.

Es sind aber nicht nur politische Aktivist*innen, die die BRD verfolgt und einsperrt. Es sind auch Migrant*innen, die kriminalisiert werden, es sind Geflüchtete, die häufig in Armut und Krieg zurückgeschickt werden. Es sind auch Obdachlose, die täglich schikaniert und oft auch gegen ihren Willen eingesperrt werden. Es sind arme Menschen, die schon fürs Schwarzfahren oder kleine Ladendiebstahle ins Gefängnis müssen, während die echten Verbrecher an den Gesetzen mitschreiben.

Das Gefängnisssystem ist dafür gemacht, die kapitalistische Gesellschaftsordnung

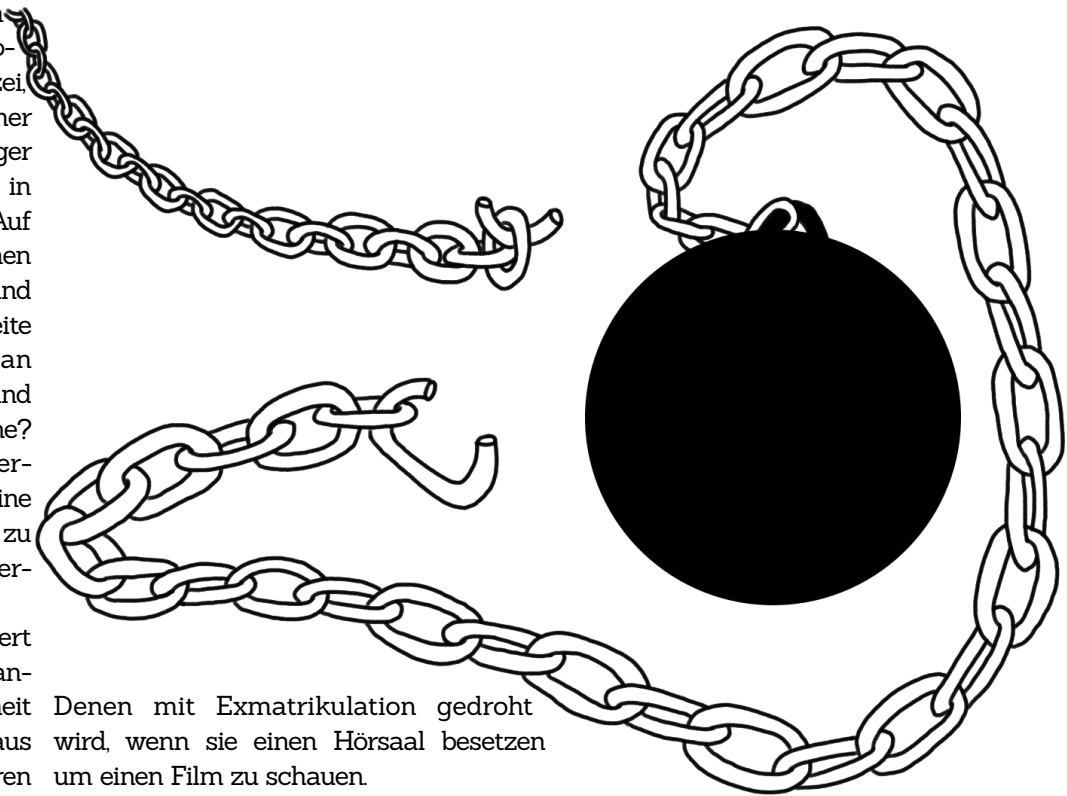
aufrechtzuerhalten. Es bringt nichts für die Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität, wenn man Menschen unter miserablen Umständen einsperrt und sie dann wieder in die gleichen Umstände entlässt, die die Gewalt erst erzeugt haben. Wir brauchen eine neue Gesellschaft, in der Polizei und Gefängnisse nicht mehr nötig sind! Wir brauchen eine Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx/Engels)

Wenn heute die Armen und Unterdrückten weggesperrt und mit Geldstrafen belegt werden, weil sie nicht genau das tun, was der Staat Tag für Tag von ihnen verlangt, dann ist auch das politische Gewalt, dann sind auch sie politische Gefangene! Der ganze Staat kann doch nur durch die tägliche Ausübung massiver politischer Gewalt existieren!

Wir als Bewegung müssen aktiv gegen diese Entwicklung stehen. Wir müssen auf die Straßen gehen und laut sein. Wir müssen dem deutschen Staat zeigen, dass er nicht in unserem Interesse handelt.

Wir müssen gegen Waffenlieferungen kämpfen, gegen die deutsche Unterstützung von Kriegsverbrechen und für die Freiheit aller politischer Gefangener.

Hoch die internationale Solidarität! ★



Was wir von Gramsci lernen können

Antonio Gramsci war ein italienischer Politiker der Kommunistischen Partei Italiens und marxistischer Philosoph. Ab 1926 bis kurz vor seinem frühen Tod 1937 wurde er von der faschistischen italienischen Regierung gefangen gehalten. Seine bedeutendsten Beiträge zur marxistischen Philosophie stammen aus der Gefängniszeit. Wie sah sein Denken aus? Und was können wir als Sozialist*innen heute noch von ihm lernen?

Für Marxist*innen spielen die ökonomischen Verhältnisse einer Gesellschaft eine zentrale Rolle, um die Organisation und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens zu verstehen. Man sollte die Klassenwidersprüche innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise keineswegs unterschätzen. Gramsci weist aber darauf hin, dass es nicht möglich ist, den ideologischen Überbau *allein* auf die ökonomische Basis zu reduzieren. Die Sichtweise, nach der die ökonomischen Grundlagen der gesellschaftlichen Reproduktion der einzige determinierende Faktor der Geschichte seien (Ökonomismus), lehnt er ab. Er geht stattdessen von „Kräfteverhältnissen“ aus, die das aktuelle (historisch spezifische) Feld politischer und sozialer Kämpfe und Entwicklungen ausmachen. Diese Kräfteverhältnisse befinden sich in einem instabilen Gleichgewicht, das sich ständig bewegen kann.

Ein zentraler Begriff in Gramscis Gesellschaftstheorie ist der der „Hegemonie“. Diese ist für ihn ein Prozess, in dem eine dominante Gruppe (der „historische Block“) ihre Interessen mit den allgemeinen Interessen anderer Gruppen und dem Staat als ganzem koordiniert. Bei Hegemonie geht es nicht um einen totalen Sieg eines Teils der Gesellschaft über einen anderen. Sie ist nicht einfach Resultat von Zwang und Unterdrückung, sondern hängt von einem hohem Grad an Zustimmung in der Bevölkerung ab. Die Hegemonie des historischen Blocks ist historisch spezifisch und muss aktiv aufrechterhalten werden.

Der historische Block ist nicht gleichbedeutend mit der „herrschenden Klasse“. Für Gramsci wird die Einheit der Klasse nie a priori unterstellt, sie muss erst aktiv produziert werden. Es kann zwar eine Klassensolidarität aufgrund gleicher

ökonomischer Interessen entstehen, die Angehörigen einer Klasse sind aber in der Regel durch andere gegensätzliche Interessen gespalten und die Klasse fragmentiert. Die führende Gruppe im historischen Block mag lediglich eine Fraktion der herrschenden ökonomischen Klasse sein (z.B. das Finanzkapital). Mit dieser Fraktion können auch Schichten der beherrschten Klassen verbündet sein, die der historische Block für sich gewonnen hat. Breite gesellschaftliche Bündnisse festigen die Führung des historischen Blocks.

Gramsci unterscheidet dabei zwischen „Herrschaft“ durch bloßen Zwang und „Führerschaft“, bei der die Gewinnung von Zustimmung im Vordergrund steht. In realen Gesellschaften gibt es seiner Ansicht nach weder reinen Zwang, noch reine Zustimmung, sondern immer eine Mischung der beiden.

Hegemonie schließt für Gramsci eine Führungsposition in Kultur, Moral, Ethik und im Bereich des geistigen Lebens ein. Beim Ringen um Hegemonie kommt es also nicht nur auf den politischen und ökonomischen Umbruch an, sondern entscheidend auch auf die Institutionen der Zivilgesellschaft. Schauplatz des Ringens um Hegemonie sind Privatbeziehungen, Vereine, Schule, Familie, Medien, Kirchen und kulturelle Organisationen. Der Staat ist bei Gramsci nicht mehr bloß ein Zwangsapparat, der auf einen Schlag zertrümmert werden müsste. Er ist Ausgangspunkt, von dem Hegemonie ausgeübt wird. Der moderne Staat übernimmt Führung auf moralischem und pädagogischem Gebiet. Der herrschende soziale Block gewinnt durch den Staat Führerschaft und aktive Zustimmung der Beherrschten. Im erweiterten Staatsbegriff Gramscis ist die Zivilgesellschaft miteingeschlossen.

Dieses Gesellschaftsverständnis hat einen entscheidenden Einfluss auf die politischen Strategien, die Sozialist*innen bei ihrem Kampf wählen sollten. In den heutigen parlamentarischen Demokratien gibt es eine komplexe Zivilgesellschaft. Es ist unsinnig, alle Kräfte auf das revolutionäre Umwerfen des staatlichen Zwangsapparats zu konzentrieren.

Für gesellschaftliche Veränderung ist ein Ringen um Hegemonie in der Zivilgesell-



schaft von zentraler Bedeutung. Im Augenblick einer Systemkrise kommt es darauf an, die Führerschaft der entscheidenden sozialen und politischen Kraft zu übernehmen. Es ist aber wichtig, zu verstehen, dass diese Kraft nicht aus einer homogenen Klasse bestehen, sondern vielschichtig zusammengesetzt sein wird. Die Kämpfe, um die es beim Ringen um Hegemonie geht, sind nicht nur entlang von Klassenlinien gespalten. Feminismus, Antirassismus und andere emanzipatorische Kämpfe spielen eine zentrale Rolle.

Das Feld, auf dem sich Menschen gedanklich und gesellschaftlich bewegen, das also transformiert werden sollte, sind *Ideologien*. Diese bestehen für Gramsci aus zwei Ebenen: einerseits der philosophischen Ausarbeitung und andererseits dem Einfließen dieser philosophischen Strömung in das Massenbewusstsein. Erst durch letzteres wird die philosophische Strömung entscheidend für gesellschaftliche Veränderung. Diese Ebene der Ideologie bezeichnet Gramsci als „Alltagsbewusstsein“. Es ist das Feld der „Selbstverständlichkeiten“, die im alltäglichen Denken unhinterfragt vorausgesetzt werden. Das Alltagsbewusstsein ist unzusammenhängend und teilweise widersprüchlich. Es gibt nie nur eine kohärente dominante Ideologie. Viele Systeme philosophischen Denkens koexistieren miteinander. Eine Philosophie, die gesellschaftlichen Einfluss gewinnen

möchte, muss dieses Feld transformieren. Politische Bildung spielt dabei eine entscheidende Rolle. Jedes Mitglied der Gesellschaft nimmt ständig Einfluss auf das Alltagsbewusstsein. Die grundlegende Transformation ist ein zäher und vielschichtiger Prozess. Ideologien werden nicht umgewälzt, indem eine ganze, fertige Weltanschauung durch eine andere ersetzt wird. Alte Denkweisen werden nach und nach und durch den Ein-

fluss vieler Faktoren umgearbeitet und verändert. Hierbei betont Gramsci die Pluralität der Individuen, die auch innerlich widersprüchliche Ideen vertreten können. Die Vorstellung eines einheitlichen ideologischen Subjekts (z.B. einer notwendig sozialistischen Arbeiterin, oder eines garantiert antirassistischen Schwarzen) weist Gramsci zurück. Zusammenfassend geht es bei Gramscis Verständnis gesellschaftlicher Verände-

rung also um das Ringen vielschichtiger sozialer Gruppen um Hegemonie, d.h. Vorherrschaft im staatlichen Zwangsapparat und der Zivilgesellschaft. Entscheidend für den sozialistischen Kampf ist die Transformation des Alltagsbewusstseins durch Bildung und politische Arbeit in allen Institutionen der Gesellschaft ★

Dieser Text entstand in Auseinandersetzung mit Stuart Hall: Antonio Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von "Rasse" und Ethnizität (1986). In Stuart Hall, Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1. Argument Verlag (2012).

Der kapitalistische Staat

Zur Kritik von Herrschaft im Kapitalismus

Eines der zentralen Felder sozialistischer Kritik ist die Staatskritik. Damit ist nicht einfach gemeint, dass aktuelle Politik und spezifische staatliche Institutionen (wie die Polizei) kritisiert werden, sondern Politik und Staat innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise grundsätzlich hinterfragt und analysiert werden.

Marx hat leider nur wenig zum Staat geschrieben und sein Staatsverständnis wurde deshalb innerhalb der sozialistischen Bewegung unterschiedlich interpretiert. Eine seiner zentralen Unterscheidungen, auf die sich häufig bezogen wird, ist die zwischen ökonomischer „Basis“, in der der restliche gesellschaftliche „Überbau“, zu dem auch der Staat gehört, wurzelt. In einigen Interpretationen wurde gefolgert, dass staatliche Institutionen im Wesentlichen durch die ökonomischen Grundlagen bestimmt sind. Diese vereinfachte Reduktion (Ökonomismus) wurde häufig kritisiert (siehe z.B. der Text zu Gramsci in dieser Zeitung).

Aufbauend auf Marx, führte Engels die Entstehung des Staates darauf zurück, dass eine in Klassengegensätzen gesplante Gesellschaft eine „scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht“ nötig mache, um nicht zu zerreißen. Demnach werde mit dem Verschwinden der Klassen auch der Staat verschwinden.

Innerhalb liberaler Diskurse wird Staatskritik häufig so verstanden, dass versucht werde, den Staat als nur scheinbar neutral zu entlarven und dass ein anderer Gebrauch des Staates gefordert werde. Diese Art der Staatskritik ist aber nur in reformistischen Strömungen wie der Sozialdemokratie verbreitet. Im marxistischen Kontext geht es stattdessen um eine grundsätzliche Kritik des kapitalistischen Staates.

Worauf es dabei ankommt, ist die historisch spezifische Form, in der sich das kapitalistische Klassenverhältnis innerhalb moderner Staaten reproduziert. Im Gegensatz zu früheren (Re)produktionsverhältnissen, wie dem mittelalterlichen Lehnswesen, fallen im kapitalistischen Staat ökonomische Ausbeutung und politische Herrschaft auseinander. Das heißt, die direkte politische Herrschaft wird in der Regel von anderen Personen und Institutionen ausgeübt, als den Kapitalist*innen. Innerhalb kapitalistischer Verhältnisse ist die unmittelbare politische Gewalt meist nicht mehr notwendig, weil den Ausgebeuteten gar keine andere Möglichkeit bleibt, als ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Als Rechtsstaat behandelt der kapitalistische Staat seine Bürger*innen formell als freie und gleiche Privateigentümer*innen. Der Millionärin wird z.B. genauso verboten unter der Brücke zu schlafen, wie dem Obdachlosen. Durch diese Neutralität kann sich der Staat die Zustimmung seiner vermeintlich freien und gleichen Bürger*innen sichern, sodass unmittelbarer Zwang in der Regel nicht mehr notwendig ist.

Gleichzeitig gewährleistet der Staat die materiellen Bedingungen der Kapitalakkumulation, indem er z.B. Verkehrs- und Kommunikationsnetze finanziert, deren Unterhaltung für einzelne Kapitalist*innen nicht profitabel wären, die aber dennoch eine Grundlage ihrer Profite bilden.

Der Staat hat also das kapitalistische Gesamtinteresse im Blick. Die Durchsetzung dieses Gesamtinteresses kann im Widerspruch zu einzelnen Kapitalinteressen stehen, sichert aber die kapitalistische Produktionsweise selbst. So können z.B. gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen verboten werden, was zwar die unmittelbare Ausbeutung einschränkt, auf Dauer aber zum Erhalt der Arbeitskraft selbst beiträgt und so die entscheidende Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise sichert.

Als Sozialstaat sichert der kapitalistische Staat zusätzlich die Reproduktion der Arbeitskraft. Indem er Kinder, Renter*innen, Kranke und Arbeitslose finanziert, trägt der Staat sowohl zur Reproduktion der Lohnarbeiter*innen bei, als auch zu ihrer Zustimmung zu den kapitalistischen Verhältnissen. Dabei wird darauf geachtet, dass z.B. Arbeitslosengeld an die (Wieder)aufnahme von Lohnarbeit geknüpft wird.

Um den bürgerlichen Staat zu verstehen, ist es zu vereinfachend, von einer einheitlichen und politisch handlungsfähigen „herrschenden Klasse“ auszugehen.

Auch innerhalb der Kapitalist*innenklasse gibt es sich widersprechende Interessen, zwischen denen staatliche Institutionen vermitteln müssen. Ein Ölkonzern hat andere Interessen als ein Hersteller von Solarzellen. Staatliche Politik unterliegt immer unterschiedlichen Einflüssen von widerstreitenden Interessen. Je nach den historisch spezifischen Kräfteverhältnissen können staatliche Maßnahmen unter Umständen sogar dem kapitalistischen Gesamtinteresse widersprechen.

Eine zentrale Aufgabe des Staates, ist die Legitimierung seiner Herrschaft gegenüber den unteren Klassen. In Schulen, den Medien, Parteien und Parlamenten wird sich ständig um die

Zustimmung der Beherrschten zu ihrer Beherrschung bemüht. Wahlen tragen zentral dazu bei, die Maßnahmen des Staates zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise zu legitimieren. Linke Parteien, die versuchen, innerhalb des kapitalistischen Staates Einfluss zu gewinnen, können sich den Prozessen und Bedingungen dieses Staates nicht entziehen. Um in den kapitalistischen Medien ernst genommen zu werden, müssen „realistische“ und „umsetzbare“ Vorschläge vorgebracht werden. Die Gestaltungsmöglichkeiten linker Parteien hängen von ihren finanziellen Möglichkeiten ab, die

direkt an die kapitalistische Produktionsweise geknüpft sind. Um innerhalb des Kapitalismus einigermaßen stabile Verhältnisse zu erhalten, ist der Staat darauf angewiesen, die ökonomische Grundlage seiner Handlungen zu erhalten. Massenhafte Arbeitslosigkeit, steigende Preise und abwandernde Unternehmen, kann sich eine Regierung im doppelten Wortsinn nicht leisten. Unter kapitalistischen Verhältnissen gibt es kein anderes Gemeinwohl als das kapitalistische Gesamtinteresse. ★

Dieser Text entstand in Auseinandersetzung mit Kapitel 11: Staat und Kapital. In Heinrich, Michael: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung.

Zu sagen was ist

Über Medien im Kapitalismus

Wenn es um Medienkritik geht, denken viele zuerst an plumpe „Lügenpresse“-Rufe und rechte Verschwörungserzählungen, nach denen die Medien angeblich von einem kleinen Kreis gesteuert werden, der die Menschen bewusst manipuliert. Diese Erzählungen sind nicht nur gefährlich, sondern auch falsch. Aber heißt das auch, dass die Medien eine objektive Kontrollinstanz sind, wie sie sich selbst oft gerne sehen? Klar ist, dass sie nicht die ganze Wahrheit darstellen können - dafür passiert zu viel auf der Welt. Es ist ja gerade die Aufgabe der Medien, das „wichtigste“ herauszufiltern, um die Menschen bestmöglich zu informieren. Die Frage ist, wie dieses Filtern innerhalb kapitalistisch organisierter Medien funktioniert.

Damit haben sich Noam Chomsky und Edward S. Herman in ihrem Buch *Manufacturing Consent* von 1988 beschäftigt. Sie gingen darin von fünf Filtermechanismen aus, die alle kapitalistischen Medienkonzerne beeinflussen.

Im ersten dieser Filter geht es um die kapitalistische Organisation der Medienkonzerne selbst. Im kapitalistischen Wettbewerb sind Medien gezwungen, ihre Inhalte möglichst günstig anzubieten. Größere Konzerne können es sich leisten, die kleineren Medien auszustechen und letztlich zu schlucken, sodass sich immer größere Unternehmen bilden. Diese sind - als kapitalistische Unternehmen - in erster Linie an Profitmaximierung orientiert, der alles andere untergeordnet wird. Es ist auch klar, dass die Spitze kapitalistischer Unternehmen kein Interesse an einer Verbreitung antikapitalistischer Inhalte hat. Sie werden natürlich bevorzugt Journalist*innen einstellen, die diesen Interessen entsprechen. Und Journalist*innen, denen an ihrer Karriere gelegen ist, werden sich diesen Interessen selten widersetzen.

Der zweite Filter ergibt sich daraus, dass kapitalistische Medienkonzerne auf Werbeeinnahmen angewiesen sind, weil sie ihre Inhalte sonst nicht so günstig anbieten könnten. Kapitalistische Werbetreibende überlegen sich genau, in welchen Medien sie Werbung schalten wollen. Gesellschaftskritische Inhalte eignen sich nicht gut, um daneben Produkte anzubieten - das wissen auch die Medienkonzerne.

Als dritten Filter machen Chomsky und Herman die Auswahl der Quellen aus. Da Medien gezwungen sind, ständig Inhalte zu liefern, müssen sie sich auf verlässliche Quellen stützen. Aus Kostengründen können sie es sich nicht leisten, überall Reporter*innen parat zu haben. Deshalb konzentrieren sie sich auf Knotenpunkte, an denen häufig Berichtenswertes passiert.

Dies sind vor allem staatliche Institutionen und große Konzerne. Behörden wie die Bundesregierung oder die Polizei geben laufend Presseberichte heraus, an denen sich Medienkonzerne kostenlos bedienen können. Für eine kritische Einordnung fehlt dann häufig das Geld oder der Wille. Die Auswahl der Quellen beeinflusst also nicht nur, worüber überhaupt berichtet wird, sondern auch welche Position dazu im Fokus der Berichte steht. Bei der Auswahl der Quellen muss man außerdem beachten, dass viele Medien sich bei einem Großteil ihrer Inhalte auf die gleichen Presseagenturen verlassen und dass große Medienkonzerne, die sich ausführlichere Recherchen leisten können, die Inhalte der kleineren Medien direkt beeinflussen.

Als vierter Filter wird Disziplinierung durch „flak“ genannt. Damit ist gemeint, dass Medien aus Furcht vor z.B. wütenden Leserbriefen, empörten Politiker*innen oder einem Aufschrei in anderen Medien lieber nicht allzu kritische Berichte herausbringen und genau auf ihre Formulierungen achten. Negative Öffentlichkeit würde schließlich dem Geschäft schaden.

Im Kontext des Kalten Kriegs haben Chomsky und Herman den fünften Filter als „Antikommunismus“ bezeichnet. Damit meinten sie, dass aufgrund der allgemein vorherrschenden antikommunistischen Ideologie keine Inhalte gebracht wurden, die irgendwie im Verdacht stehen könnten, kommunistische Positionen (oder die realsozialistischen Länder) gutzuheißen.

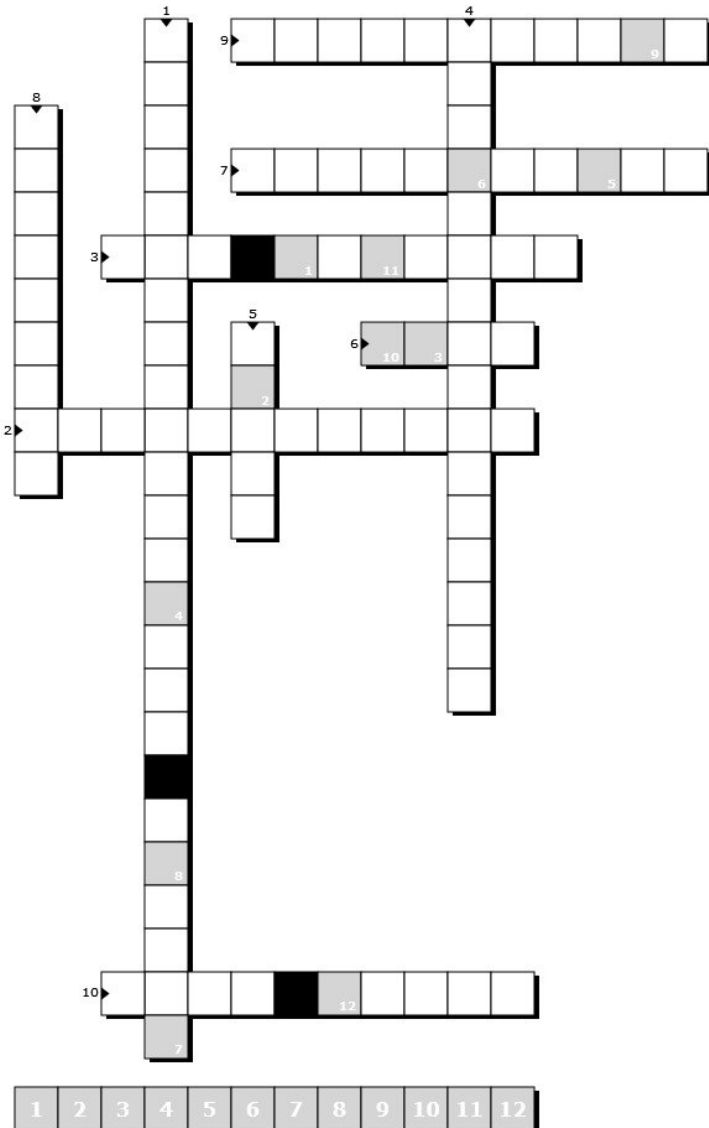
Auch wenn Antikommunismus natürlich immer noch weit verbreitet ist, sollte man diesen Filter wahrscheinlich heute etwas breiter fassen, weil kaum noch ein*e Journalist*in im Hinterkopf hat, dass sie für irgendeine sozialdemokratische Position als Kommunist*in verschrien werden könnte. Es gibt aber durchaus Ideologien („westliche Werte“, „Staatsräson“ etc.), die allgemein als selbstverständlich angenommen werden und die deshalb auch in den Medien kaum hinterfragt werden (siehe auch der Text zu Gramsci in dieser Zeitung).

Trotz Meinungs- und Pressefreiheit erschweren es uns strukturelle Umstände also, systemkritisch zu berichten. Was können wir tun, um kritischeren Positionen mehr Gehör zu verschaffen? Einerseits sollten wir natürlich die wenigen linken Medien, die sich halten können, unterstützen. Am wichtigsten ist aber sicherlich der persönliche Kontakt zu Menschen im Umfeld. In Gesprächen, auf Social Media, auf Demos und in Veröffentlichungen wie dieser Zeitung, sollten wir den vorherrschenden Denkweisen eine kritische Position entgegensetzen. Denn, wie schon Rosa Luxemburg erkannt hat: „Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“ ★

Dieser Text entstand in Auseinandersetzung mit Chomsky, Herman: Manufacturing Consent (1988)

Zwischen dem 10. und 14. Juni: Sozialistische Liste wählen!

J.S. Politik und Recht	SDS, ver.di	J.C. Rechtswissenschaft		B.M. IVO IfPol, FSV IfPol
V.H. Geschichte & Philo	SDAJ, ver.di- Jugend	L.S. IKON	PDL	M.G. PoWi & Soziologie + Soziologie
D.S. PoWi & Soziologie	ver.di, Students for Palestine	M.L. Philo & Soziologie	SDS	C.V.
B.F. PoWi & Soziologie	SDS	R.S. Students for Palestine	SDAJ, ver.di	C.B. Weitblick e.V.
J.R. Soziologie	SDS, Fachschaft Politik + Soziologie	C.K. Geschichte & PoWi	Fachschaft Politik + Soziologie	S.I. Politik und Recht + Soziologie
A.W. Pharmazie	SDS	J.B. PoWi & Soziologie	SDS, GEW	R.R. Soziologie & Ökonomik
S.K. Social Anthropology	Fachschaft Social Anthropology	V.M.	SDS, Die Linke, GEW	D.P. Philosophie Fachschaft & Insti- tutsvorstand Philo
L.H. Soziologie & PoWi		R.B.	Soli-Essen	M.L. Politik und Recht + Soziologie
R.K. Geschichte & Sinologie	SDAJ, ver.di	J.A. Soziologie & PoWi	Fikus Referentin	N.G. Anglistik/Am & Geschichte Anarcho-Komm. Initiative
F.V.		A.A. Geschichte	SDAJ	L.O. Soziologie & Kunstgeschichte
J.I. Jura, Philo & Soziologie	SDS, Die Linke, DMB Mieterverein	M.W. Philo & Geschichte	Fachschaft Politik + Soziologie	C.C. Politik und Recht
J.N. Physik	SDS	S.M. PoWi & Soziologie		



Vi.S.d.P.: Jan Nellesen Achtermannstr. 19 48143 Münster

Veranstaltungen

Jeden Mittwoch um 18:30 Uhr: offenes Plenum im Linken Zentrum (Achtermannstr. 19)

- 10.05. Lesung im NS verbrannter Bücher
Ab 17 Uhr: Wohnwagenwiese beim Schloßplatz
- 22.05. Theorieplenum: Migration & Rassismus
Ab 18:30 Uhr: Linkes Zentrum
- 26.05. Die AfD verstehen und bekämpfen
Ab 17 Uhr: Ort folgt
- 04.07. Kolonialismus in Münster
Ab 18:30 Uhr: Hörsaal SCH100.2

Rätsel

1. Wofür steht 161?
2. Demospruch: „Hoch die internationale..!“
3. Hauptwerk von Karl Marx und Friedrich Engels
4. Wer kämpfte erfolgreich für die Etablierung von Errungenschaften wie dem 8-Stunden-Arbeitstag oder Mindestlöhnen?
5. Synonym für die Marx-Engels-Werke (MEW)
6. Name eines Vordenkers des Sozialismus
7. Herrschende Klasse
8. Die Abkürzung AStA steht für „Allgemeiner Studierendenen..“
9. Gesellschaftsordnung, die zur Unterdrückung nicht-männlicher Geschlechter und deren zugeordneter Attribute führt
10. Kopfschmuck des Buntspechts